

## 1. Oberösterreich ist der stärkste Industriestandort Österreichs. Welche Meinung haben Sie über die OÖ. Industrie?

### LH Thomas Stelzer, ÖVP:

Oberösterreich ist aufgrund der Innovationsstärke der Unternehmen ein starkes Wirtschafts- und Industriebundesland und war vor Corona auf einem sehr guten Weg: Vor zwei Jahren hat unser Bundesland den größten Aufstieg im Ranking der europäischen Industrie- und Wirtschaftsregionen hingelegt. Unser Bundesland ist auch schneller und besser als andere aus der Krise gekommen und erlebt einen wirtschaftlichen Aufschwung. Hauptgrund dafür ist, dass Oberösterreich im Gegensatz zu anderen Regionen in Europa seinen industriellen Kern erhalten hat, der sich gleichzeitig in Umweltbelangen zu einer Modellregion weiterentwickelt hat. Ich bin auch stolz darauf, dass in kaum einem anderen Land etwa Stahl, Zement, Kunststoff oder Papier klimaschonender erzeugt wird als in Oberösterreich. Wir haben den Klimaschutz schon immer ernst genommen und zukunftsweisende Klimaschutzmaßnahmen mit einer erfolgreichen Standort -und Arbeitsmarktpolitik vereint.

### LH-Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ:

Wie ich bereits seit 2016 immer wieder betone, verstehe ich das Bundesland Oberösterreich als wirtschaftlichen und industriellen Schrittmacher Österreichs und Europas. Über 100.000 Beschäftigte in der OÖ Industrie sprechen eine deutliche Sprache. Unsere heimische Industrie ist die Grundlage unseres Wohlstandes und das Fundament einer prosperierenden Zukunft, auch für die nachfolgenden Generationen. Mein Ziel ist es daher, Oberösterreich weiterhin als Wissensdrehscheibe zwischen Unternehmern, Denkern und Forschern zu etablieren und auf der anderen Seite die Stellung als Schlüsselregion, die Fachkräfte hervorbringt und aus der ganzen Welt anzieht, zu sichern und zu stärken. Ich bin auch davon überzeugt, dass Oberösterreich eine Region der High-Tech-Industrie bleiben muss, die einen Vorsprung durch das Know-how guter Leute und modernster Technologie und Innovation sichert. Denn was OÖ zum Stahl-Land gemacht hat, waren nicht billige Arbeitskräfte, sondern technologischer Vorsprung durch das LD-Verfahren!

### LR Birgit Gerstorfer, SPÖ:

Die oberösterreichische Industrie ist das Rückgrat unseres Landes. Schließlich basiert 40 % der Wertschöpfung in OÖ auf der Industrie und sie bietet 115.000 Menschen in unserem Land Beschäftigung. Wir sind stolz auf die innovativen Unternehmen, die in ihren Bereichen mit der Weltspitze mithalten können. Die Industrie steht gleichzeitig aber auch vor großen Aufgaben, wie der Emissionsenkung, der Dekarbonisierung und der Digitalisierung. Davon hängt ab, ob der erfolgreiche Weg von Oberösterreichs Industrie weitergehen kann. Deshalb schlägt die SPÖ OÖ einen Transformationsfonds vor, der Unternehmen und Arbeitnehmer\*innen bei diesen Veränderungen unterstützt Zukunftstechnologien einzuführen und die Produktionsweise ökologisch zu gestalten. Dabei sollen einerseits eine Expert\*innenkommission die Unternehmen bei den kommenden Aufgaben unterstützen und andererseits die Mitarbeiter\*innen der jeweiligen Betriebe eingebunden werden, um die Transformation sozial zu gestalten. Dieser Transformationsfonds wird aus Beiträgen der Betriebe (solidarisches Modell: große Leitbetriebe tragen mehr bei und unterstützen kleinere Zulieferer), von Vermögenden (befristete Transformationsabgabe) und der öffentlichen Hand.

Es geht hier bei darum, vorhandenes Know-how und Innovationspotentiale sowie die gut ausgebildeten Beschäftigten im Land zu halten, damit OÖ so erfolgreich bleiben kann, wie es ist. Für die Betriebe, um eine Unterstützung zukunftsfähige Geschäftsmodelle entlang der Wertschöpfungskette mit erprobten Partnerunternehmen weiter zu entwickeln und nachhaltig neu auszurichten. Dafür sollen Vermögende und Investor\*innen ihren Beitrag leisten.

### LR Stefan Kaineder, Grüne:

Die OÖ Industrie hat nicht nur für den Standort OÖ und die Sicherung zehntausender Arbeitsplätze, sondern auch für den Klimaschutz allergrößte Bedeutung. Ohne die Industrie ist der Kampf gegen die Klimakrise nicht zu gewinnen. Klimaschutz ist aber nicht nur absolute Dringlichkeit, sondern für die Industrie auch die mit Abstand größte Chance auf künftigen wirtschaftlichen Erfolg. Weltweit stellt die Industrie um auf Klimaschutz. Große

Player zeigen den Kurs bereits erfolgreich vor. Oberösterreichs Industrie hat das enorme Potential von dieser Entwicklung nicht nur zu profitieren, sondern sich im Spitzenfeld zu positionieren. Sie hat die Innovationskraft und das Know-how, um den Standort Oberösterreich zu einem Aushängeschild der klima- und zukunftsfiten Produktion zu machen.

**Felix Eypeltauer, NEOS:**

Oberösterreich hat als Wirtschaftsstandort in den letzten Jahren konsequent an Attraktivität verloren. Nur wenn der Unternehmergeist und die Freiheit in Oberösterreich wieder eine Heimat bekommen und die Bürokratie in die Schranken gewiesen wird, kann unser Land ein attraktiver Arbeits- und Wirtschaftsstandort für alle sein. Was jahrzehntelang erfolgreich funktioniert hat, wird durch die digitale Revolution innerhalb kürzester Zeit über den Haufen geworfen. Viele Geschäftsmodelle verändern sich rapide aufgrund der COVID-19-Pandemie. Wir dürfen uns daher nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen. Die oberösterreichische Wirtschaftspolitik ist träge geworden und verschläft wesentliche Entwicklungen. Auf die Digitalisierung wurde viel zu spät reagiert, in der Grundlagenforschung ist Oberösterreich im Vergleich zu anderen Bundesländern unterentwickelt. Dabei ist es notwendig, in diesen Bereichen Boden zu gewinnen, um wettbewerbsfähig zu bleiben und den Wohlstand in Oberösterreich abzusichern.

**2. Gesunde Finanzen sind die Basis jedes starken Standortes und Grundlage für die Resilienz gegen weitere Krisen. Was halten Sie von der möglichst raschen Rückkehr zu Nulldefizit und Schuldenbremse in Oberösterreich?**

**LH Thomas Stelzer, ÖVP:**

Ich habe mir bei meinem Amtsantritt vorgenommen, Oberösterreich zum Land der Möglichkeiten zu machen und wir haben in Oberösterreich in der Finanzpolitik eine Trendwende eingeschlagen. Als erstes Bundesland hat OÖ eine gesetzliche Schuldenbremse beschlossen und innerhalb von zwei Jahren eine halbe Milliarde Euro Schulden abgebaut. Solange uns Corona fordert, werden wir unsere Schuldenbremse kurzfristig lösen. Klar ist aber auch: Dieser Weg ist nur unterbrochen, nicht beendet. Wenn wir die Krise bewältigt haben, kehren wir zum Schuldenabbau zurück. Spielräume dafür wird das Wirtschaftswachstum schaffen.

**LH-Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ:**

Gesunde Finanzen sind die Voraussetzung für gesunde Volkswirtschaften und damit für Wohlstand und Sicherheit. Auch für uns wichtige Investitionen in unseren Standort werden durch fahrlässige Finanzgebarungen beeinträchtigt, weil potentielle Investoren durch drohende ökonomische Instabilität abgeschreckt werden. Ich bin fest davon überzeugt, dass das Nulldefizit ein wichtiges Ziel ist, das man nur in Zeiten großer Not, dafür zielgerichtet und entschlossen, aufweichen soll. Generell halte ich die Ansätze des Ökonomen Keynes für zielführend, die man stark vereinfacht mit den Worten „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ zusammenfassen kann. Nicht mehr ausgeben, als man einnimmt muss der Budget-Leitsatz für verantwortungsvolle Politik sein.

**LR Birgit Gerstorfer, SPÖ:**

Der einzige Weg aus der derzeitigen Krise zu kommen ist zu investieren. Eine Rückkehr zu einer Politik der „schwarzen Null“ wäre wie mit angezogener Handbremse versuchen zu beschleunigen. Stattdessen müssen wir als Land Geld in die Hand nehmen, um die Herausforderungen der Zukunft zu schultern. Deswegen fordert die SPÖ OÖ 648 Millionen Investitionen in Pflege, Kinderbetreuung, Wohnbau und die thermische Sanierung. Das würde 12.370 neue Arbeitsplätze schaffen und damit die aktuelle Arbeitslosigkeit in OÖ um Zweifünftel senken. 130 Millionen würden durch Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer auch wieder zurück an den Fiskus fließen.

**LR Stefan Kaineder, Grüne:**

Solide Landesfinanzen und umsichtige Budgetierung sind politische Grundaufgaben und Säulen der Stabilität. Zudem erfordern die massiven Ausgaben zur Bekämpfung der Corona Pandemie zweifellos eine Konsolidierung.

Das Korsett zu eng zu schnüren, ist jedoch kontraproduktiv. Dies erschwert oder verhindert gar wichtige Investitionen in Zukunftsbereiche, von Klimaschutz über den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs bis hin zu Bildung und Schulbau. Das Ziel muss sein, die richtigen Prioritäten zu setzen, jene Schwerpunkte und Maßnahmen zu definieren, die für die Zukunft Oberösterreichs maßgeblich sind und deren Finanzierung sicherzustellen.

**Felix Eypeltauer, NEOS:**

Obwohl die Coronakrise das Landesbudget stark belastet hat, muss Oberösterreich auf einen konsolidierten Budgetpfad zurückkehren und den Schuldenabbau priorisieren. Eine verantwortungsvolle Landespolitik kümmert sich auch um die finanzielle Situation der oberösterreichischen Gemeinden. Wir fordern daher die sofortige Streichung der untererem der Landesumlage, somit bleibt den Gemeinden größerer finanzieller Spielraum für ihre wichtigen Aufgaben. Außerdem ist die Schuldenbremse schon seit Jahren eine Kernforderung von NEOS.

**3. Die Digitalisierung bietet enormes Potenzial zur Verbesserung von Prozessen. Welche Prozesse der öffentlichen Hand (Verwaltung, Bildung, Gesundheit) sollten dringend digitalisiert werden?**

**LH Thomas Stelzer, ÖVP:**

Corona hat uns neuerlich gelehrt, wie wichtig die Digitalisierung ist. Diesen Trend der voranschreitenden Datensteuerungen in Alltag und Produktion wollen wir in Oberösterreich mitgestalten. Wir wollen nicht in das Zeitalter der Digitalisierung geschwemmt werden, sondern diese Entwicklung zur Chance für Standortqualität und Arbeit in Oberösterreich machen. Im Bereich der öffentlichen Hand wollen wir die Oberösterreich-App ausbauen, um Behördenwege zu sparen, Ämter weiter digitalisieren, Digitalisierung und künstliche Intelligenz in den Schulunterricht einbauen und für eine Digitalisierungsschub an den Berufsschulen sorgen. Auch im Gesundheitsbereich steckt großes Potential: Wir planen, die technische Unterstützung in der Pflege deutlich auszubauen, Videosprechstunden in Arztpraxen zu forcieren und in Spitälern mit neuen Technologien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen.

**LH-Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ:**

Die Digitalisierung ist wichtiger denn je und entscheidet in vielen Wettbewerbssituationen über Erfolg oder Misserfolg. Die öffentliche Hand sollte hier mit gutem Beispiel vorangehen und jene Bereiche digitalisieren, bei denen entsprechendes Potential vorhanden ist. Natürlich bedarf es dazu fachkundiger Experten, die sich die eigenen Systeme genau ansehen, ich glaube aber schon jetzt sagen zu können, dass das Potential gewaltig ist. Nicht nur für die in der Frage erwähnten Bereiche Verwaltung, Bildung und Gesundheit, sondern auch in anderen Sektoren, die von der öffentlichen Hand (teil-)verwaltet werden. Ich denke hier etwa an den Verkehrsbereich oder die Telekommunikation.

Die Errungenschaften der letzten Jahre, etwa die Blockchain, Machine Learning und KI, Internet of Things, 5G und in Zukunft 6G, neue Weltraumtechnologie und vieles mehr müssen von uns dort genutzt werden, wo es einen klaren Mehrwert gibt. Gleichzeitig weiß ich aber auch, dass es oftmals rechtliche Rahmenbedingungen braucht, um diese neuen Technologien vollumfänglich nutzen zu können. Zum Beispiel auf dem Gebiet der Telemedizin, die viele Möglichkeiten bietet, die heute noch nicht genutzt werden können. Auf politischer Ebene muss man daher sicherstellen, dass die öffentliche Hand die Rahmenbedingungen schafft, dass bestehende Möglichkeiten der Digitalisierung auch tatsächlich eingesetzt werden können. Bereits die letzte ÖVP-FPÖ-Bundesregierung hat sich einen 6-Punkte-Plan vorgenommen, der damals die Bereiche Verwaltung, Sicherheit, Infrastruktur, Bildung, Leben und Innovation umfasste. Ziel war es, dass der bürokratische Aufwand für Unternehmen deutlich sinken sollte. Hier kann auch das Land Oberösterreich, etwa in Kooperation mit den exzellenten Universitäten des Landes, die Digitalisierung vorantreiben.

**LR Birgit Gerstorfer, SPÖ:**

Aus der Coronakrise darf keine Bildungskrise werden, d.h. wir müssen unser Schulsystem zukunftsfit machen. Hier sieht die SPÖ OÖ große Möglichkeiten zu einer Digitalisierungsoffensive. Jede Schule muss mit schnellem WLAN

und Smart Boards ausgestattet sein, jede/r Schüler\*in ab der 3. Schulstufe und jede Lehrer\*in soll Anspruch auf einen Laptop haben. Damit muss auch der Lehrplan reformiert werden: Digitale Grundkenntnisse sollen bereits von der Elementarpädagogik an vermittelt werden. Auch für berufstätige Student\*innen braucht es digitale Angebote, die besser mit Arbeitszeiten vereinbar sind.

Wie sich während der Coronakrise gezeigt hat, können viele Behördengänge auch einfach vom Computer aus durchgeführt werden – dafür braucht es einen Ausbau der digitalen Infrastruktur in den Behörden und einen leichteren digitalen Zugang für ein zukunftsfittes „E-Government“. Für alle diese Vorhaben muss das Land Geld in die Hand nehmen, um eine möglichst gute digitale Infrastruktur (Stichwort Breitbandausbau) in allen Gemeinden Oberösterreichs gewährleisten zu können.

Der Ausbau der Telemedizin ist eine wesentliche Forderung der SPÖ OÖ. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass regionale Gesundheitszentren mittels telemedizinischer Einrichtungen auf die Leistung der Spitzenmedizin in den Schwerpunktkrankenhäusern zugreifen können.

**LR Stefan Kaineder, Grüne:**

Digitalisierung prägt unser Leben. Sie spielt auch im öffentlichen Sektor eine immer wichtigere Rolle. Daher brauchen wir einen Digitalisierungsschub in allen Schulen (Pflicht- und Berufsschulen ebenso wie Hochschulen), im Pflege- und Gesundheitssektor sowie in der Verwaltung, um dort möglichst barrierefrei E-Government-Dienstleistungen anzubieten. Um die Chancen der Digitalisierung optimal zu nutzen, sind die Rahmenbedingungen deutlich zu verbessern. Dies bedeutet eine flächendeckende, exzellente Breitband- und Mobilfunk-Infrastruktur zu schaffen. Mit einer solch umfassenden Infrastruktur stellen wir nicht nur Daten-Netzsicherheit für die BürgerInnen her, sondern optimieren auch die Arbeitsbedingungen für Unternehmen und Selbstständige.

**Felix Eypeltauer, NEOS:**

Digitalisierung steht und fällt mit der Infrastruktur. Ohne einen flächendeckenden Glasfaseranschluss wird der ländliche Raum nicht Lebens- und Arbeitsraum bleiben können, vom Innovationsmotor ganz zu schweigen. Leider landet Österreich diesbezüglich im Europavergleich immer auf den hintersten Plätzen. Wir fordern daher einen schnelleren Breitbandausbau, vor allem in unterversorgten Regionen.

In der digitalen Verwaltung ist ebenfalls Luft nach Oben. Oberösterreich muss hier mindestens so gut wie Estland werden. Alle Behördengänge, sowohl für Bürger\_innen als auch für Unternehmen, sollen auf ihre Digitalisierbarkeit geprüft und entsprechend angepasst werden. Oberösterreich soll damit zur Modellregion für Österreich werden.

Im Bildungssystem wäre es schon längst nötig gewesen, die Schüler\_innen und Lehrer\_innen mit Endgeräten zu versorgen und in jedem Klassenzimmer WLAN einzurichten. Hier ist auch das Land in der Verantwortung. Und auch bei der Pädagog\_innenaus- und -fortbildung müssen wir endlich im 21. Jahrhundert ankommen, was die digitalen Kompetenzen betrifft.

**4. Hauptproblem von Oberösterreich ist der Fachkräftemangel insbesondere im MINT-Bereich, der die weitere Entwicklung des Landes massiv einschränkt. Wie kann das Thema aus Ihrer Sicht mittelfristig gelöst werden?**

**LH Thomas Stelzer, ÖVP:**

Oberösterreich ist als Wirtschaftsbundesland Nr. 1 naturgemäß besonders stark auf Fachkräfte angewiesen. Wir werden daher auch weiterhin alles tun, um die von den Betrieben benötigten Fachkräfte auszubilden. Gerade jetzt zeigt sich wieder, wie dynamisch diese Nachfrage ist. Die Beschäftigung in Oberösterreich liegt schon wieder über dem Niveau der Vorkrisenzeit und damit auf einem Rekordniveau. Das Gebot der Stunde lautet daher: Forcierung der MINT-Ausbildungen auf allen Ausbildungsstufen und Qualifizierung. Alleine in diesem Jahr fließen 342 Mio. Euro mit unserem Pakt für Arbeit und Qualifizierung in Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, von denen mehr als 100.000 Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher profitieren.

**LH-Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ:**

Die Aufgabe der Politik ist es, bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um so eine Weiterentwicklung des Landes zu forcieren. Natürlich gehört dazu eine attraktive Verwaltung, leistbares Wohnen, ein hoher Grad an Sicherheit, beste Gesundheitsversorgung und ausgezeichnete Bildungsmöglichkeiten. All das zusammen sorgt dafür, dass ein Standort für Mitarbeiter attraktiv und lebenswert wird und bleibt. Darüber hinaus bin ich überzeugt, dass man im Bereich Bildung und Weiterbildung von dringend benötigten Fachkräften nicht nur in die Breite gehen muss, sondern sich auf den vorhandenen Bedarf spezialisieren kann. Das bedeutet, dass man auch die dafür benötigten Ausbildungs- und Bildungseinrichtungen schafft. Speziell im MINT-Bereich sehe ich sehr viele Chancen. Beispielgebend gehe ich in Frage 7 darauf ein.

**LR Birgit Gerstorfer, SPÖ:**

Nur 20 Prozent der Betriebe österreichweit bilden selbst Lehrlinge aus. Wir sind hier mit den Arbeitnehmervertreter\*innen einer Meinung und denken, dass jene Betriebe, die nicht ausbilden obwohl sie könnten, in eine Fachkräftemilliarde einzahlen sollten. Mit diesem Geld können die Fachkräfte der Zukunft ausgebildet werden und somit kommt das Geld auch unserer Wirtschaft zugute. Ein Ausbau der überbetrieblichen Lehrausbildung schafft nicht nur dringend benötigte Lehrplätze, sie kann auch durch staatliche Lenkung auf die Bedürfnisse der Unternehmen eingehen, auch im MINT-Bereich.

**LR Stefan Kaineder, Grüne:**

Der Fachkräftemangel ist evident und muss vor allem auch für einen erfolgreichen Klimaschutzkurs der OÖ Industrie beseitigt werden. Denn gerade die neuen Technologien und Verfahren erfordern ein hohes Maß an Qualifizierung. Es gilt daher intensivst sowohl in Ausbildung, Neuqualifizierung als auch Umschulung zu investieren. Wir brauchen eine Bildungsoffensive, die die Universitäten, Fachhochschulen und Weiterbildungsinstitutionen ebenso umfasst wie die innerbetriebliche Qualifizierung und die Lehrlingsausbildung. Es müssen jene Prozesse beschleunigt werden, die Ausbildung und Qualifizierung in die nötige Richtung führen sollen. Darunter die #upperVISION2030 – die Wirtschafts- & Forschungsstrategie OÖ. Es muss sich nicht ein Rad drehen, sondern viele Räder ineinandergreifen.

**Felix Eypeltauer, NEOS:**

Lehrlinge sind die Fachkräfte der Zukunft. Doch zeichnet sich in Oberösterreich ein immer größerer Fachkräftemangel ab. Es braucht keine leeren Pressekonferenzen sondern Maßnahmen um den steigenden Fachkräftemangel und den Mangel an Lehrlingen entgegen zu wirken, unsere Forderungen sind daher:

- Berufsorientierung in der Schule verbreitern und vertiefen
- Finanzielle und organisatorische Unterstützung und Weiterentwicklung der überregionalen Lehrlingssuche, -akquisition und -vermittlung
- Meisterprüfung finanzieren.

**5. Die Qualität der Schulausbildung ist ein entscheidender Faktor für unsere Zukunft. Welche drei auf Landesebene rasch umsetzbaren Verbesserungen im Schulsystem in Oberösterreich, die einen unmittelbaren Effekt haben, würden Sie vorschlagen?**

**LH Thomas Stelzer, ÖVP:**

In Oberösterreich halten wir am differenzierten Schulsystem fest. Es werden nicht nur Kinder mit Lernschwäche zusätzlich gefördert, sondern auch Kinder mit besonderen Begabungen. Für hochbegabte Schülerinnen und Schüler wollen wir mehr Möglichkeiten schaffen, dass sie bereits Universitätskurse besuchen können. Zudem investieren wir in die Digitalisierung des Unterrichts in Pflichtschulen sowie in Berufsschulen. Ab dem kommenden Schuljahr erhalten alle Schüler der 5. und 6. Schulstufe ein Tablet oder einen Laptop, ab dem Schuljahr 2022/23

jeweils in der 5. Schulstufe. 266 Schulen in OÖ beteiligen sich daran. Oberösterreich macht mehr und stattet auch alle Lehrenden der 5. und 6. Schulstufen in den Pflichtschulen mit einem Tablet oder einem Laptop aus.

**LH-Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ:**

Das Bildungssystem ist das Fundament unserer Zukunft, weshalb es mit besonderer Sorgfalt behandelt werden muss. Dazu ist das Erlernen der deutschen Sprache eine Grundkompetenz. Davon ausgehend schlage ich folgende Verbesserungen vor:

- Corona-Maßnahmen anpassen und verbessern. Dazu gehört die rasche Anschaffung von Luftfilter, um das Infektionsrisiko im Klassenzimmer zu reduzieren und den Schülern den Aufenthalt und das Lernen in der Schule angenehmer zu gestalten.
- Garantie eines differenzierten Schulsystems in Oberösterreich. Ich bin der Meinung, dass ein differenziertes Schulsystem, in dem auf die Bedürfnisse und Talente eines jedes Kindes Rücksicht genommen werden kann, der richtige Weg ist. Viele Eltern haben Angst davor, dass ein Gesamtschulsystem in Österreich mit signifikant schlechterem Bildungsniveau etabliert wird, dem sich nur noch die Kinder reicher Eltern entziehen können, indem sie in Privatschulen geschickt werden und alle anderen Kinder auf der Strecke bleiben.
- Schulische Spezialisierungen fördern. Ich glaube, dass das wirtschaftliche und industrielle Gefüge ein dynamisches ist, das weniger auf viele Generalisten, dafür aber auf viele Spezialisten angewiesen ist. Ich halte es daher für sinnvoll, Schulen in Oberösterreich zu fördern, die sich neuen Spezialisierungen wie Digitalisierung, Gesundheit und Technik widmen. Ich halte es auch für wichtig, besondere Talente auch besonders zu fördern und so das Potential dieser jungen Menschen voll ausschöpfen zu können.

**LR Birgit Gerstorfer, SPÖ:**

Die Coronakrise hat gezeigt, wie wesentlich technische Infrastruktur für das Lernen ist, die vielen Kindern leider nicht zur Verfügung stand und dementsprechende Lernlücken entstanden sind. Chancengerechtigkeit wird auch durch die Schulumgebung geschaffen, deswegen wollen wir einerseits grüne Sanierungen der Schulgebäude, die auch neue Jobs schafft, als auch WLAN und Smart Boards in allen Klassenzimmern in Oberösterreich als Standard, neben der geplanten Laptop-Offensive für Lehrer\*innen und Schüler\*innen. Außerdem wird es einen ganztägigen Schulcampus geben, wo Volksschule und Unterstufe an einem Ort vereint sind. Zusätzlich soll alle Eltern einen Rechtsanspruch bekommen, ihr Kind, wohnortnah in einem solchen Schulcampus unterbringen zu können. Die SPÖ OÖ fordert außerdem einen Rechtsanspruch auf eine Summer School an jedem Schulstandort in den letzten 3 Wochen der Sommerferien. Dabei können Wissenslücken geschlossen werden, ohne für Nachhilfe zu zahlen. Dadurch wird außerdem eine wichtige Ressource für unsere Wirtschaft weniger belastet: die Arbeitskraft von Frauen. Unser Modell würde eine einfachere Verbindung von Beruf und Familie ermöglichen. Außerdem würde dieses Modell Chancengleichheit herstellen und die Fachkräfte der Zukunft ausbilden.

**LR Stefan Kaineder, Grüne:**

Schule muss endlich den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht werden. Das heißt erstens Schulen baulich zu modernisieren, sie digital auf neuesten Stand zu bringen, sie klimafit und als moderne Lern- aber auch Lebensräume zu gestalten. Zweitens braucht es den Ausbau ganztägiger Schulformen. Sie sind ein wesentlicher Baustein für mehr Bildungs- und Chancengerechtigkeit und sollen mit einem vielfältigen Angebot in allen Regionen Oberösterreichs zur Verfügung stehen. Ebenso braucht es drittens mehr Unterstützung für die Schul- Teams durch SozialarbeiterInnen und pädagogisches Assistenzpersonal. So werden Schulen mit besonderen Herausforderungen verstärkt unterstützt. SchulleiterInnen und PädagogInnen sind von administrativen Aufgaben zu entlasten, um sich auf ihre pädagogische Arbeit und den schulischen Erfolg der SchülerInnen konzentrieren zu können.

**Felix Eypeltauer, NEOS:**

Bildung fängt bei NEOS im Kindergarten an. Die elementare Bildung ist die pädagogisch wertvollste. Da Kindergärten in die Kompetenz der Gemeinden fallen, sind diese gefragt, ein kostenfreies, ganztägiges und ganzjähriges Angebot sicherzustellen. Vor allem braucht es bessere Betreuungsschlüssel, flexiblere Angebotszeiten, höhere Qualitätsstandards und eine hochwertige Ausbildung der Pädagog\_innen.

Chancenindex bzw. -bonus: Schulen mit besonderen Herausforderungen sollen zusätzliche Mittel für maßgeschneiderte Konzepte zur Verfügung gestellt bekommen. Wir trauen den Expert\_innen vor Ort zu, dass sie die besten Lösungen selbst finden.

Unseren Bildungseinrichtungen hält die Digitalisierung auf allen Ebenen Einzug, doch die Voraussetzungen sind in Oberösterreich höchst unterschiedlich. Noch immer gibt es Schulen ohne oder mit veralteter IT-Ausstattung. Dafür braucht es einen Finanztopf des Landes, um an allen Schulen einen digitalen Topzustand sicherzustellen. Die Digitalisierung bringt aber auch Herausforderungen. Ob sogenannte „Fake News“ oder Cybermobbing, die Bandbreite an möglichen Gefahren ist vielfältig. Wir müssen daher auch dafür sorgen, unsere Kinder so früh wie möglich digifit zu machen, um mit diesen Gefahren auch dementsprechend umgehen zu können. Dafür braucht es auch mehr Informatiklehrkräfte, wovon an der Pädagogischen Hochschule bisher zu wenige ausgebildet werden.

## **6. Verkehrsachsen sind Wohstandsachsen. Wie stehen Sie zu den Ausbauprojekten "Verlängerung S10 bis zur tschechischen Grenze" und "Linzer Osttangente"?**

**LH Thomas Stelzer, ÖVP:**

Ich stehe für Klimaschutz mit Hausverstand. Daher war es für mich als Landeshauptmann nicht zu akzeptieren, dass das Verkehrsministerium das wichtige Teilstück der S10 bis zur Grenze plötzlich in Frage gestellt hat und fast eine 8 Kilometer lange Lücke entstanden wäre. Unser Protest hat gewirkt. Das Teilstück wird errichtet. Wir machen in OÖ eben Klimaschutz mit den Menschen und nicht gegen die Menschen. Auch die Fahrzeuge mit den umweltfreundlichen Antriebsformen der Zukunft werden Straßen brauchen. Und natürlich braucht es eine Osttangente im Bereich der Landeshauptstadt, um die Linzerinnen und Linzer vom internationalen Durchzugsverkehr zu entlasten.

**LH-Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ:**

Nach jahrelangen Diskussionen und Planungen ohne nennenswerte Ergebnisse wurden unter freiheitlicher Regierungsbeteiligung erste Schritte gesetzt, damit die Linzer Osttangente, die Westumfahrung und die Verlängerung der S10 umgesetzt werden konnten. Die genannten Verkehrsprojekte stellen grundsätzlich eine Verbesserung der Nord-Süd-Achse zwischen Oberösterreich und Tschechien mit Anbindung des oö. Zentralraums an die Hauptachsen der europäischen Verkehrsnetze dar. Gleichzeitig wird die Durchgängigkeit des Großraums Linz in Nord-Südrichtung für den überregionalen Verkehr verbessert und die A7 signifikant entlastet. Sowohl der Ausbau der S10 bis zur tschechischen Grenze, als auch die Linzer Osttangente halte ich daher für zwingend notwendig. Man muss zur S10 speziell erwähnen, dass unsere tschechischen Nachbarn mit Hochdruck daran arbeiten, ihre D3-Straße bis an die oberösterreichische Grenze heranzuführen. Es wäre daher verkehrstechnisch doppelt ungünstig, den Ausbau der S10 zu stoppen: Auf der einen Seite gibt es einen wertvollen Anschluss an das tschechische Netz, der nicht genutzt werden würde, auf der anderen Seite würde man große Teile des Schwerverkehrs dazu zwingen, auf das niederrangige Netz auszuweichen. Ähnliches gilt für die Linzer Osttangente. Wenn diese nicht umgesetzt wird, werden die Linzer enormen Belastungen ausgesetzt, die nicht nötig wären. Es wäre für alle Beteiligten wichtig, dass sich die Bundesregierung endlich mit einer Stimme zu den geplanten Autobahn- und Schnellstraßenprojekten äußert, damit wir endlich Klarheit über die Zukunft unseres Verkehrssystems haben.

**LR Birgit Gerstorfer, SPÖ:**

Es braucht eine Lösung für Anrainer\*innen und Pendler\*innen, gerade am Weg zur Arbeit und nach Hause. Dabei muss der Ausbau des öffentlichen Verkehrs Priorität haben, besonders die S7 nach Pregarten und der Ausbau der Mühlkreisbahn, das gleiche gilt für die Summerauer Bahn. Hier ist viel Zeit vergeudet worden, deshalb ist der Lückenschluss bei der S10 notwendig. Die Linzer Osttangente durch das Stadtgebiet macht wenig Sinn, wenn wir die für die Erreichung der Klimaziele notwendige Reduktion des motorisierten Individualverkehrs schaffen wollen.

**LR Stefan Kaineder, Grüne:**

Vor Jahrzehnten geplante Autobahnprojekte auf den Klimaschutz-Prüfstand zu stellen, ist in Zeiten der Klimakrise nötig. Daher war der Schritt von Klimaministerin Gewessler auch logisch und sinnvoll. Ebenso sinnvoll ist die Entscheidung den Lückenschluss der S10 nun vorzunehmen. Denn es geht um den Schutz der Menschen vor Lärm und Emissionen des internationalen Schwerverkehrs. Aber die Zukunft sind nicht neue Autobahnprojekte, die immer mehr Verkehr produzieren. Dies gilt auch für die diskutierte Osttangente, die vor allem den Süden von Linz massiv belasten würde. Die Zukunft können auch für das Mühlviertel nur die Schiene und damit attraktive Bahnverbindungen sein. Die Weichen sind bereits gestellt. Durch den Beschluss der Linzer Stadtbahn aber auch die mit dem S10 Lückenschluss vereinbarte Beschleunigung der Summerauerbahn.

**Felix Eypeltauer, NEOS:**

Seit Jahren wird das Projekt der Linzer Ostumfahrung bereits geplant. Die nunmehr geplante Trasse führt, im Gegensatz zu Alternativen, durch die Stadt anstatt an der Stadt vorbei. Es handelt sich um keine Ostumfahrung, sondern um eine Ostdurchfahrung. Die geplante Ostdurchfahrung ist ein Teilstück einer Europäische Transitautobahn für täglich 15.000 PKW und LKW auf der Nord-Südost-Achse von Berlin und Prag nach Südosteuropa. Diese euphemistisch als "stadtnah" betitelte Trasse der neuen Autobahn würde die Naherholungsgebiete Schiltener Wald und Linzer Traunauen durchschneiden und mitten durch das Ebelsberger Wohn- und Entwicklungsgebiet führen. Damit würden über 90 ha wertvoller Wald, Grünland und Wohngebiet vernichtet und massiv beeinträchtigt werden. Zudem würde die nachhaltige Entwicklung des Oberösterreichischen Zentralraumes durch diese Trassenvariante empfindlich beeinträchtigt.

Die davor viele Jahre lang als beste Lösung eingestufte Trassenführung über Gallneukirchen/Schweinbach, an Enns und dem Ennshafen vorbei, würde hingegen den Transitverkehr großräumig umleiten und den Zentralraum nicht derart belasten. Diese fundamentale, langfristig wirksame Entscheidung mit möglicherweise desaströsen Auswirkungen auf Entwicklungspotential und Lebensqualität im urbanisierten Oö. Zentralraum muss zudem gemeinsam mit den betroffenen Bürger\_innen getroffen werden. Hier wäre eine Volksbefragung im Zuge der Linzer Kommunalwahl und OÖ. Landtagswahl im September ein geeignetes Mittel gewesen - leider wurde diese Chance nicht wahrgenommen.

S10: Da es sich bei dem Ausbau des S10 um einen Lückenschluss handelt, der den Verkehr durch die Ortszentren reduziert und somit für mehr Lebensqualität für die betroffenen Oberösterreicher\_innen bringt, befürworten wir NEOS das Projekt.

## **7. Die neue Digitalisierungs-TU ist eine Jahrhundertchance für den Standort Oberösterreich. Wie stehen Sie dazu und welche Erwartungen haben Sie an die neue Uni?**

**LH Thomas Stelzer, ÖVP:**

Die Technische Universität für Digitalisierung und digitale Transformation wird ein Leuchtturm des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes Oberösterreich. Staaten wie die USA und China sind in den letzten Jahren mit vielen Innovationen vorgeprescht. Wir wollen in Oberösterreich klar mithalten und die Technologieführerschaft in Nischenfeldern übernehmen und schlagen mit der neuen Universität ein neues Kapitel auf. Oberösterreich soll mit der TU ein pulsierendes Zentrum für Forschende, Lehrende, Studierende und Unternehmen werden. Gerade, in Zeiten eines Fachkräftemangels sind Investitionen in Digitalisierung, Forschung und Bildung enorm wichtig, um unser Bundesland, unseren Standort wieder stark zu machen. Gerade für die industrielle Produktion in Oberösterreich ist das eine große Chance.

**LH-Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ:**

Die TU wäre tatsächlich eine sehr große Chance gewesen, allerdings haben sich die Verantwortlichen nicht ausreichend um das Projekt gekümmert. Die TU wurde von der Bundesregierung mit nur 150 Millionen Euro budgetiert und ist damit den konkurrierenden Universitäten heillos unterlegen, die meisten davon haben Budgets von einer Milliarde Euro oder mehr per anno zur Verfügung. Damit dieses Projekt aber nicht als Wahlkampftag der

ÖVP untergehen muss, glaube ich, dass man sich auf ein kleineres Fachgebiet, unter Nutzung der bereits vorhandenen Strukturen, spezialisieren muss, um so ein Alleinstellungsmerkmal zu schaffen, das weltweit gefragt ist. Ich denke da etwa an eine Kombination Medizin, Technik und Digitalisierung, die universitär in Linz vertreten sind und sich mit den drängenden Fragen der Zukunft auseinandersetzen können, etwa welche Technologien unsere Gesundheit verbessern werden. Die rechtlichen Aspekte neuer Behandlungsmethoden könnten ebenfalls in Linz, an der juristischen Fakultät der JKU, erarbeitet werden. So schafft man jene Fachkräfte, die in Zukunft gebraucht werden. Natürlich lassen sich vergleichbare Ansätze auch für andere MINT-Bereiche anwenden.

**LR Birgit Gerstorfer, SPÖ:**

Die Digitalisierungs-TU passt perfekt zum Innovationshotspot und Universitätsstandort Linz. Vor allem dann, wenn sie sich als Gegenentwurf zum „Silicon Valley“ und für einen digitalen Humanismus positioniert. Die Digitalisierungs-TU muss ein Ausbildungsort für die Transformationsmanager\*innen sein, die sozial-verträgliche Lösungen für die Anforderungen der Zukunft finden. Im Mittelpunkt muss die „just transition“ stehen, die Interessen von Arbeitnehmer\*innen, Arbeitgeber\*innen und des Klimaschutzes in Einklang bringt. Das sind die großen gesellschaftlichen Aufgaben der Zukunft.

**LR Stefan Kaineder, Grüne:**

Die neue TU Linz ist nicht nur grundsätzlich ein Meilenstein für den Bildungs- und Technologiestandort Oberösterreich. Es liegt auch auf der Hand, die neue Uni als zentrales Instrument und als Innovationsmotor für eine klimaneutrale industrielle Zukunft in Oberösterreich zu nutzen – gemeinsam mit der JKU und den anderen Technologie-Schmieden im Land. Digitale Technologien haben enormes Potential für den Klimaschutz. Sie sind unverzichtbar, um klimafreundlich Lösungen und Techniken zu entwickeln. Techniken, die der Industrie und Wirtschaft den Weg in die Klimaneutralität ebnen und damit auch zu ökonomischem Erfolg. In diesem Sinn verspricht die neue TU Linz eine erfolgreiche Partnerschaft zwischen Wissenschaft und innovativen Unternehmen.

**Felix Eypeltauer, NEOS:**

Die Überlegung, den Industrie- und Wissenschaftsstandort Oberösterreich zu stärken und den Transformationsprozess mitgestalten zu wollen, befürworten wir NEOS. Allerdings ist diese Uni ein klassisches Wahlzuckerl. Ein Jahr nach der Ankündigung sind Details zu Budget und Standort nach wie vor nicht fixiert. Bestehende Hochschulen, wie die JKU oder die FH Oberösterreich, aber auch die Universitätenkonferenz wurden in die Konzeption zu Beginn nicht eingebunden. Wie man bis 2023 Professor\_innen rekrutieren und internationale Studierende anlocken will, obwohl bis dato außer einer Expert\_innengruppe und eines Strategiepapiers nichts vorliegt, ist fragwürdig. Wenn Bund und Land wirklich eine neue Uni etablieren wollen, muss es einen Bewerbungsprozess geben. Der beste Standort mit dem besten Konzept soll den Zuschlag erhalten. Außerdem soll der Bedarf an MINT-Interessent\_innen erhoben werden und eine ordentliche laufende Finanzierung sichergestellt sein.

## **8. Die Energiewende benötigt zusätzliche Strominfrastruktur. Wie stehen Sie zu beschleunigten Genehmigungsverfahren bei Kraftwerksprojekten und beim Bau notwendiger Stromleitungen in Oberösterreich?**

**LH Thomas Stelzer, ÖVP:**

In Oberösterreich gehen Wirtschaft und Umwelt als Partner in die Zukunft. Wir setzen bewusst auf einen kraftvollen Ausbau erneuerbarer Energieträger wie beispielsweise Wasserkraft oder auch Sonnenstrom. Eine weitere Beschleunigung von Behördenverfahren ist im Interesse aller, denn eine rasche Klarheit hilft sowohl den Projektbetreibern als auch den Anrainern.

**LH-Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ:**

Die Energiewende ist notwendig und wird von mir auch unterstützt, allerdings würde ich mir mehr Transparenz hinsichtlich der Pläne der Bundesregierung wünschen. Die ambitionierten Ziele von Türkis-Grün hinsichtlich des Ausbaus erneuerbarer Energie sind immer mit Begleitmaßnahmen verbunden, über die in der breiten Öffentlichkeit nicht oder nur unzureichend gesprochen wird, weil sie in erster Linie hohe Belastungen bedeuten. Fest steht jedenfalls, dass sowohl die Kraftwerke, als auch die dafür notwendige Leitungsinfrastruktur ausgebaut werden müssen und dass das in der benötigten Zeit unter diesem rechtlichen Rahmen nicht möglich ist. Deshalb sehe ich Maßnahmen, die eine Beschleunigung der Verfahren unter Einhaltung gewissen Qualitätskriterien als positiv und unterstütze diese auch. Natürlich bedeutet das aber auch, dass Leitungen, die als Erdkabel verbaut werden können, nicht oberirdisch umgesetzt werden sollen, wenn dies auf Widerstand der Bevölkerung stößt. Insgesamt ist bei der Energiewende immer eine Kosten-Nutzen-Abwägung vorzunehmen und nicht nach ideologischem Wunschdenken oder mit planwirtschaftlichen Fantasien vorzugehen.

**LR Birgit Gerstorfer, SPÖ:**

Vor dem Hintergrund des steigenden Energiebedarfs und des Klimawandels, gilt es die Projekte zu beschleunigen, die die Produktion und den Transport von erneuerbarem Strom fördern. Natürlich gilt es dabei Interessen der Anrainer\*innen und anderer Stakeholder\*innen zu wahren sowie Ressourcenschonung als Prinzip bereits in der Planung zu berücksichtigen. Darüber hinaus müssen wir den Anschluss an das geplante Wasserstoffleitungsnetz sicherstellen, gerade um die Versorgung der oberösterreichischen Industrie mit diesem Energieträger der Zukunft zu gewährleisten.

**LR Stefan Kaineder, Grüne:**

Der massive Zubau an Erzeugungs- und Verteilungsanlagen für Erneuerbare Energien ist nötig. Die ökologischen und sozialen Genehmigungsstandards sollen auf dem bisherigen hohen Niveau beibehalten werden. Um die Verfahren zu beschleunigen, braucht es mehr Sachverständige, besser vorbereitete Projekte, mehr Dialog zwischen den verschiedenen Interessensseiten und der Behörde sowie einige Detailverbesserungen in den Verfahren. Schon jetzt führt in OÖ die enge Zusammenarbeit und Professionalisierung der Projekte zu den im langjährigen Schnitt schnellsten Umweltverfahren Österreichs mit besonders hoher Rechtssicherheit: so lag die durchschnittliche Dauer von UVP-Verfahren im Zuständigkeitsbereich des Landes OÖ ab Öffentlicher Auflage bis Bescheid bei lediglich sieben Monaten. Und gegen weit über 90 Prozent der Bescheide wurden keine Beschwerden erhoben. Und bei den 5 in den vergangenen 15 Jahren erfolgten Berufungen wurde in allen Fällen der Bescheid bestätigt.

**Felix Eypeltauer, NEOS:**

Als Industriebundesland und Wirtschaftsstandort hat Oberösterreich einen hohen Gesamtenergieverbrauch, der in den vergangenen Jahren weiter angestiegen ist. Dadurch wurde das Bundesland vom Nettostrom-Exporteur zum Importeur. Grund für den langsamen Ausbau erneuerbarer Energien sind die schleppenden Widmungen einerseits und unkoordiniertes Vorgehen andererseits. Wir NEOS fordern daher eine landesweite Energieraumplanung sowie eine Gesamtstrategie für den Ausbau der Erneuerbaren im Sinne des Standorts, der Bevölkerung und der Umwelt! Was den Bau notwendiger Stromleitungen betrifft, so gilt festzuhalten, dass vor allem Konflikte mit betroffenen Anrainer\_innen den Ausbau der Strominfrastruktur extrem verzögern. NEOS sprechen sich daher für einen klaren rechtlichen Rahmen bei der Planung der Starkstrominfrastruktur aus, welcher transparent regelt unter welchen Umständen 110kV Leitungen als Erdkabel- oder Freileitungsvariante geführt werden und somit Partizipation der betroffenen Bevölkerung garantiert als auch Verzögerungen beim Infrastrukturausbau minimiert.

## **9. Technologieoffenheit ist ein entscheidender Erfolgsfaktor bei der Umstellung der Antriebstechnologien. Planwirtschaftliche Vorgaben und Verbote können innovative Entwicklungen verhindern. Soll Österreich den Verbrennungsmotor so schnell wie möglich verbieten und ausschließlich auf batteriebetriebene Fahrzeuge setzen?**

### **LH Thomas Stelzer, ÖVP:**

Es deutet immer mehr darauf hin, dass das Zeitalter der Elektrofahrzeuge aber auch anderer alternativer Antriebsformen kommen wird – und da wollen wir in Oberösterreich auch vorne dabei sein. Die umweltfreundlichen Autos der Zukunft sollen weiter in Mitteleuropa und Oberösterreich entwickelt und gebaut werden – und nicht in Asien oder Übersee. Der Umstieg in der Breite kann aber nur mit positiven Umstiegsanreizen und Angeboten und nicht mit Verboten und überschießenden Auflagen für hochentwickelte schadstoffarme Motoren in der Übergangszeit bis dahin gelingen. Schon jetzt liegt Oberösterreich gemeinsam mit Vorarlberg bei der Anmeldung von E-Autos an der Spitze. Wir gehen diesen Weg konsequent weiter. Schon 2025 soll es in ganz OÖ 100.000 öffentliche und private Ladestationen für E-Autos geben.

### **LH-Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ:**

Zuerst möchte ich festhalten, dass ich ein entscheidender Verfechter der Technologieoffenheit bin und diese auch in der Debatte rund um Antriebstechnologien stets verfechte. Das Ziel, Fahrzeuge in Zukunft CO<sub>2</sub>-neutral zu betreiben ist legitim und auch erstrebenswert, allerdings ist es nicht legitim, regulatorisch zu bestimmen, welche Technologie das machen darf und welcher nicht. Auch der Verbrennungsmotor lässt sich CO<sub>2</sub>-schonend betreiben, entweder mit synthetischen oder biogenen Kraftstoffen. In manchen Bereichen, etwa im LKW-Fernverkehr, werden die Vorteile des Verbrennungsmotors gegenüber der Batterie noch länger so groß sein, dass der Markt von sich aus nicht umsteigen wird. Um ihre Frage konkret zu beantworten: Nein, ich lehne das Verbot des Verbrennungsmotors entschieden ab, weil es sachlich nicht argumentierbar ist.

### **LR Birgit Gerstorfer, SPÖ:**

Der motorisierte Individualverkehr ist nicht das Modell der Zukunft. Die SPÖ OÖ setzt sich für eine Trendwende im Verkehr ein. Das wollen wir mit einem massiven Ausbau von Kapazitäten der öffentlichen Infrastruktur bewerkstelligen. Ein gut erschwinglicher, funktionierender und höher getakteter öffentlicher Verkehr vernetzt die Regionen besser und bringt die Menschen unseres Bundeslandes zusammen. Ergänzt durch kluge Car Sharing Angebote gewährleistet er Bewegungsfreiheit und Teilhabe für alle. Das Verbot des Verbrennungsmotors wird sich auf europäischer Ebene rasch durchsetzen, also gilt es den Übergang zu einer neuen Art des individuellen Verkehrs klug zu managen. Auch hier sollte das Land mit gutem Beispiel voran gehen und den Landesfuhrpark auf E-Mobilität umstellen. Genauso brauchen wir einen nachhaltigen E-Mobilitätscluster für zukunftsfitte oberösterreichische Zuliefer- und Leitbetriebe im automotive Sektor.

### **LR Stefan Kaineder, Grüne:**

Der Ausstieg aus der (fossilen) Verbrennertechnologie hat sich mittlerweile von Verboten und Vorgaben entkoppelt. Es ist die Automobilbranche selbst, die hier Fakten schafft. Nahezu alle Autohersteller haben selbst Zeitpunkte für das Aus ihrer Verbrennermotoren festgelegt. Und nahezu alle setzen bei der Umstellung ihrer Modellreihen auf die E-Mobilität. Dorthin fließen Entwicklungsarbeit und Investitionen. Aufgabe wird es sein, die entsprechende Ladeinfrastruktur sicherzustellen und auszubauen. Andere klimafreundliche Antriebsformen von Wasserstoff über Biomethan bis E-Fuels werden dann ihren Einsatz finden, wenn ihre technische Weiterentwicklung und die entsprechende Kosten-Nutzen Rechnung es zulassen.

### **Felix Eypeltauer, NEOS:**

Der Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor kann nicht Selbstzweck sein. Wenn ein Verbrennungsmotor ähnliche CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht, nämlich Richtung null, wie das bei der Elektromobilität der Fall ist, dann spricht nichts dagegen, dass weiterhin in die Verbrennungstechnologie investiert wird. Allerdings gilt festzuhalten, dass beispielsweise der Wasserstoffverbrennungsmotor einen - aus unserer Sicht - viel zu guten Ruf hat. Häufig wird

nämlich vergessen, dass der Großteil des Wasserstoffs aus Erdgas erzeugt wird und dabei CO<sub>2</sub> entsteht. Wir NEOS stehen dafür ein, dass künftig auf Technologieneutralität gesetzt wird. Das Ziel kann nicht die Verteufelung des Verbrennungsmotors sein, sondern das Ziel muss es sein, CO<sub>2</sub> zu verteufeln.

### **10. Die energieintensive Industrie in Oberösterreich (Metall, Papier, Zement, Chemie) hat für unser Land besonders hohe wirtschaftliche Bedeutung und zählt zu den Vorreitern bei Nachhaltigkeit um Umweltschutz weltweit. Wie kann der Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit in den nächsten Jahren durch zu hohe Energie- und CO<sub>2</sub>-Kosten im weltweiten Vergleich verhindert werden?**

**LH Thomas Stelzer, ÖVP:**

Klimaschutz mit Hausverstand heißt auch, den produktiven Kern Oberösterreichs und damit die Tausenden Industriearbeitsplätze im Land zu halten. Niemand wäre geholfen, würde man mit überzogenen Auflagen und Kosten Unternehmen in andere Regionen der Welt vertreiben, wo Klimaschutz nicht einmal im Wörterbuch steht. Global gesehen wäre kein Gramm Treibhausgas eingespart, aber Oberösterreichs Arbeitsplätze und Betriebe wären Geschichte. Das wollen wir nicht und werden wir auch nicht zulassen. Vielmehr trete ich dafür ein, Österreichs vorbildliche Industrie durch wirkungsvolle Maßnahmen zu unterstützen.

**LH-Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ:**

Die Klimaziele von Paris und die damit abgeleiteten Maßnahmen in der EU und stellen gerade jene Länder vor großen Herausforderungen, die zwar energieintensiv produzieren, damit aber einen großen Teil der europäischen Wertschöpfung generieren. Um diese Wertschöpfung auch weiterhin in Oberösterreich zu sichern, müssen alle Umfeldbedingungen stimmen, auch die der CO<sub>2</sub>- und Energiekosten. Hinsichtlich CO<sub>2</sub> ist festzuhalten, dass der marktwirtschaftliche Handel mit Zertifikaten grundsätzlich sinnvoll ist, da er der Industrie erlaubt, dort CO<sub>2</sub> einzusparen, wo es am billigsten ist. Trotzdem halte ich es für notwendig, die Industrie bei den Transformationsprozessen so zu unterstützen, dass die Transformation nicht nur aufgrund von Druck, sondern auch durch Anreize funktioniert. Dazu gehören etwa auch Vergünstigungen auf steuerlicher Seite oder die verbesserte Förderung von Innovationen im Betrieb.

Bei der Energie sehe ich es ähnlich, möchte aber ergänzen, dass der Ausbau heimischer Energieerzeugung längerfristig die Abhängigkeit von ausländischen Erzeugern minimiert und damit die heimische Wirtschaft absichert. Aktuell sind die Energiepreise sehr stark von den Förderungen fossiler Energieträger abhängig, auf die wir keinen oder nur sehr geringen Einfluss haben. Wenn wir unsere Energie selbst erzeugen, entziehen wir uns dieser Abhängigkeit und schaffen die Basis für eine florierende Zukunft, in der der Bedarf an nachhaltig produzierter Energie wesentlich höher sein wird, gleichzeitig aber von uns selbst gedeckt werden kann.

**LR Birgit Gerstorfer, SPÖ:**

Der Transformationsfonds wird unter einer SPÖ OÖ Regierung das Werkzeug, welches sich um die speziellen Bedürfnisse der oberösterreichischen Industrie und die ihrer Arbeitnehmer\*innen annimmt. Damit fördern wir die wichtige Innovation für innovative, ökologische Lösungen in diesen Bereichen. Das bringt uns der Erreichung der Klimaziele näher und liegt im öffentlichen Interesse. Langfristig müssen aber auf europäischer und internationaler Ebene einheitliche Regelungen eingeführt werden, die eine Übervorteilung von unökologischem Wirtschaften verhindern.

**LR Stefan Kaineder, Grüne:**

Die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit ist uns Grünen ein wichtiges Anliegen. Ein zentrales Element dazu ist die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystems, wie es auf EU-Ebene schon länger diskutiert wird. Optionen sind dabei eine CO<sub>2</sub>-Steuer, ein Zoll oder eine Zertifikatepflicht für ausländische Unternehmen. Im Juli hat die EU-Kommission dazu konkrete Vorschläge zur Verringerung der Treibhausgasemissionen in den nächsten zehn Jahren veröffentlicht, die auch einen CO<sub>2</sub>-Preis für Einfuhren bestimmter Produkte enthalten. Damit soll verhindert werden, dass die ehrgeizige Klimapolitik in Europa und Österreich nicht zu einer Abwanderung von CO<sub>2</sub>-intensiven

Produktionskapazitäten aus Europa und damit zu einer Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen führt. Außerdem soll dies Industrieunternehmen in Drittländern dazu motivieren, Schritte in dieselbe Richtung zu unternehmen.

**Felix Eypeltauer, NEOS:**

Die Industrie muss im Energiesystem stärker mitgedacht werden. Zum Beispiel soll die Abwärme besser nutzbar gemacht werden oder sogar abgekauft werden können. Außerdem sollen Industrieunternehmen, die durch ihre Kraftwerksleistungen einen Beitrag zur Netzstabilität im Sinne des Engpassmanagements bzw. des Redispatch-Marktes leisten können, einen durch marktkonforme Ausschreibung ermöglichten Zugang zu diesem Markt erhalten. Des Weiteren muss die Energieinfrastruktur so ausgebaut werden, dass erneuerbare Energiequellen möglichst effizient in den Markt integriert werden können und der Klimawandel effektiv bekämpft werden kann.